



iran-report

Nr. 10/2006

ایران رپورت

I. Innenpolitik

Tageszeitung Schargh verboten / Ahmadinedschad will liberales Denken aus Universitäten verbannen / Geheimdienst stürmt Büro des Akademikervereins / Islamisierung der Schulen / Djahanbeyglu legt „Geständnisse“ ab / Chatami in den USA / Dunkelste Zeit der Repression konstatiert

II. Wirtschaft

Ex-Verkehrsminister zieht Bilanz / Täglich 27 Tote in Teheran wegen verschmutzter Luft / Washington warnt vor Geschäften mit iranischen Banken / Öl-Vertrag mit Japan fast unterschrittsreif / Total will trotz US-Drohungen weiter in Iran investieren / Deutscher Außenhandel warnt vor Sanktionen gegen Iran / Weniger Touristen in Iran / 35 Prozent der Iraner besitzen Parabolantennen

III. Außenpolitik

Ahmadinedschad vor UN-Vollversammlung / Neue Entwicklungen im Atomkonflikt / Livni: Iran „wachsende Gefahr für die Welt“ / Israelischer Minister für Krieg gegen Iran / Ahmadinedschad diskutiert mit US-Politikern / Annan in Teheran / IAEA protestiert scharf gegen US-Bericht zum iranischen Atomprogramm / Blockfreie unterstützen Irans Atomprogramm / Proteste gegen Papst-Äußerungen / Ausmaß des Holocaust bezweifelt / USA verweigern iranischen Journalisten die Einreise / Freiburg will Partnerschaft mit Isfahan fortsetzen



Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung.

Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar.

Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 11/2006 Anfang November) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Oktober 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:

Heinrich-Böll-Stiftung

lorenz@boell.de

Fax: 030-285 34 - 494

Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung

Hackesche Höfe

Rosenthaler Str. 40/41

10178 Berlin

Tel: 030-285 34 - 0

Fax: 030-285 34 - 109

Email info@boell.de

www.boell.de



I. Innenpolitik

Tageszeitung Schargh verboten

Im Zuge der jüngsten Angriffe auf die Pressefreiheit wurde am 11. September die liberale Tageszeitung Schargh verboten. Schargh war zwar in ihren Positionen keineswegs radikal, begnügte sich mit einer recht behutsamen Kritik und versuchte die vom Regime gesetzten und immer enger werdenden Grenzen einzuhalten, aber sie war sehr informativ und in ihrer Berichterstattung sehr zuverlässig. Sie wurde nicht wie sonst üblich von der Justiz verboten, sondern von der Presseaufsicht. Dieses Gremium hat eigentlich keine Urteils- und Vollstreckungsbefugnisse. Dennoch nahm es sich heraus, die Zeitung schließen zu lassen. Die Zeitung sei wegen dutzender Ordnungswidrigkeiten verboten worden, behauptete die Presseaufsicht. Den letzten Anlass bot eine Karikatur, die einen Esel und ein Pferd auf einem Schachbrett zeigte. Der Esel hielt den Mund geöffnet und war mit einem Heiligenschein umgeben, während das Pferd völlig emotionslos wirkte. Offensichtlich konnte die Karikatur so verstanden werden, dass der Esel den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad bei Verhandlungen über den Atomstreit darstellen sollte. Hatte doch der Präsidenten im vergangenen Jahr seinem Kabinett berichtet, dass er bei seinem Auftritt auf der UN-Vollversammlung den Schutz des verborgenen Imam, dem schiitischen Messias, genossen habe und sein Haupt mit einem Heiligenschein umgeben gewesen sei.

Bereits vor Wochen war Schargh gewarnt und aufgefordert worden, binnen eines Monats einen neuen Geschäftsführer zu benennen. Schargh hatte sich der Willkür gebeugt, jedoch gebeten, die Frist um einen weiteren Monat zu verlängern.

Die Presseaufsicht behauptete, Schargh habe mehrmals „provokative Artikel veröffentlicht“ und „die nationale Einheit zu schwächen versucht“. In der Begründung, die das Gremium nach dem Verbot veröffentlicht hat, werden folgende Beispiele genannt: Bericht über sexuelle Beziehungen vor einer Eheschließung, Verunglimpfung der islamischen Revolution, Bericht über uneheleiche Kinder, Artikel, der ein verzerrtes Bild der Islamischen Republik vermittelte und kritische Passagen gegen Ayatollah Chomeini enthielt, Interview mit einem ausländischen Bot-

schafter, bei dem sich der Botschafter einmischend über die inneren Angelegenheiten Irans äußerte und von der Zeitung sympathisch dargestellt wurde, Übersetzung eines Interviews mit dem damaligen israelischen Ministerpräsidenten Ariel Scharon unter dem Titel: „Israel ist kein Waisenknabe“, irreführende Analyse der Beziehung zwischen der Regierung und den theologischen Hochschulen, Verunglimpfung religiöser Vorschriften, Darstellung des Senders BBC als eine Quelle zuverlässiger Informationen und Interview mit einem Mitarbeiter des Senders, Werbung für einen verbotenen Film, in dem die Islamische Republik in ein falsches Licht gerückt wird, Verbreitung marxistischen Gedankenguts, Veröffentlichung von moralisch verwerflichen Fotos.

Gleichzeitig mit Schargh wurden auch die Zeitschriften „Nameh“, „Chatareh“ und „Hafis“ verboten. Madjid Tawallai, Chefredakteur der Zeitschrift Nameh, erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur Irna, Grund für das Verbot seiner Zeitschrift sei die Veröffentlichung eines Gedichts der bekannten Dichterin Simin Behbahani. Das Gedicht sei aus einem Gedichtsband entnommen, der zweimal mit Zustimmung der Zensurbehörde aufgelegt wurde. Das Gedicht sei nach Meinung der Presseaufsicht für die Staatsführung beleidigend.

Ahmadinedschad will liberales Denken aus Universitäten verbannen

Bei einer Rede vor Studenten in Teheran bekräftigte Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad seine Absicht, liberale und laizistische Gedanken aus den Universitäten zu verbannen. Das iranische Bildungssystem werde seit 150 Jahren von säkularen Ideen beeinflusst, sagte er. „Es wird schwierig, das zu ändern, aber wir müssen das gemeinsam angehen.“ Zwar seien einige Maßnahmen bereits getroffen worden, die reichten aber nicht aus. Der Regierungschef forderte die Studenten auf, sich zu wehren. „Es gab eine Zeit, in der die Studenten Schulter an Schulter mit dem Volk die Unabhängigkeit des Staates forderten.“ Auch jetzt sollten sie als „Fordernde“ auftreten. „Ein Student muss gegen liberales Denken und liberale Wirtschaft anschreien. Ein Student muss nachfragen, wenn ein säkularer Lehrer jemandem schlechte



Noten gibt, der nicht dieselben Ideen hat wie er."

Geheimdienst stürmt Büro des Akademikervereins

Am Mittag des 18. September wurde das Büro des Vereins der Akademiker in Teheran von Geheimdienstler gestürmt und vier Stunden lang durchsucht. Sämtliche Unterlagen, Dokumente, das Archiv und die Computer wurden beschlagnahmt.

Abdollah Momeni, Sprecher des Vereins, berichtete der Presse, Mitglieder des Geheimdienstes hätten unter Vorlage eines Durchsuchungsbefehls nach einer vierstündigen Durchsuchung sämtliche Unterlagen und Bestände des Vereins mitgenommen. Die Aktion bestätige abermals die Strategie der neuen Macht, die iranische Zivilgesellschaft und ihre Organisationen zu vernichten, sagte Momeni. Er rief die regierungsunabhängigen Organisationen und politische Aktivisten auf, dieser Entwicklung Widerstand zu leisten. Seine Organisation werde gegen die unrechtmäßige Beschlagnahmung juristisch vorgehen.

Islamisierung der Schulen

Es geht wieder einmal um die Geschlechtertrennung an den Schulen, nicht um die Trennung von Schülerinnen und Schüler. Die besteht seit der Gründung der islamischen Republik. Es geht darum, die Lehrer von Schülerinnen und Lehrerinnen von Schülern zu trennen. Die Internetzeitung Roos befasste sich in einem längeren Artikel mit den Bemühungen der neuen Regierung, die Schulen zu islamisieren und von „verderblichen Tendenzen“ fernzuhalten. Hier eine Kurzfassung des Artikels:

Die ultrakonservative Tageszeitung Keyhan machte bekannt, dass einer Ankündigung des stellvertretenden Kultusministers zufolge, ab dem neuen Schuljahr (22. September) keine Lehrer an Mädchenschulen unterrichten sollen. Lehrerinnen sollen nur noch für Schülerinnen zuständig sein.

Zwar hatte das Ministerium für Bildung und Erziehung entsprechende Gerüchte, die in den letzten Monaten immer wieder auftauchten, zurückgewiesen. Aber nun scheint es damit ernst zu werden. Vor kurzem hatte der Islamist Makarem

Schirazi, einer der bekanntesten religiösen Instanzen, die Islamisierung der Schulen gefordert und gemeint: „In den Schulbüchern tauchen immer mehr Spuren der Feinde des Islam auf. Es ist mir zugetragen worden und auch ich selbst habe festgestellt, dass die Feinde des Islam ganz offensichtlich an den Schulen an Einfluss gewonnen haben.“ Als Beispiel nannte er das Foto eines Mädchens ohne islamische Kleidung, das in einem Buch der fünften Grundschulklasse abgedruckt sein soll. Das Kultusministerium bestätigte die Kritik Schirazis. Trotz 27 Jahre islamischer Republik seien die Schulen alles andere als islamisch, verlautetete aus dem Ministerium. Es müsse rasch Abhilfe geschaffen werden.

Die neue Maßnahme soll sich laut Keyhan nicht allein auf staatliche, sondern auch auf private Schulen beziehen. Der Stellvertretende Minister Hussein Harati begründete die Maßnahme mit der Absicht, die Beziehung zwischen Lehrern und Schülern zu erleichtern. Die Forschung habe gezeigt, dass besonders junge Mädchen in höheren Klassen Schwierigkeiten hätten, den nötigen Kontakt zu ihren Lehrern herzustellen, sagte Harati. Genau hier liege auch der Grund für die häufigen Misserfolge der Frauen bei der Vorbereitung für das Studium.

Aber die Anordnung neuer Maßnahmen scheint weit einfacher zu sein als deren Umsetzung: Sowohl für Mädchen- als auch für Jungenschulen besteht in Iran Lehrermangel. 54 Prozent des Lehrpersonals des Landes bestehen aus weiblichen Lehrkräften. Das sind 540 000 Frauen. Ihnen stehen jedoch 7,5 Millionen Schülerinnen gegenüber, die in diesem Schuljahr 42 000 Schulen besuchen werden. Es bleibt ein Rätsel, wie das Kultusministerium den Unterricht an den Schulen mit dem verfügbaren Lehrpersonal zu organisieren gedenkt.

Doch die Geschlechtertrennung ist nicht die einzige Maßnahme zur Islamisierung der Schulen. Künftig soll auch die Geistlichkeit weit mehr als bisher Zugang zu den Schulen erhalten. Zudem soll der Koranunterricht verstärkt werden. Dieser Unterricht soll bereits im vorschulischen Alter stattfinden. Auch die Mütter sollen einen Koranunterricht erhalten. Der Staatssekretär im Bildungsministerium, Bagher Pischnamasi, erläuterte die Maßnahme mit einem Gleichnis. Die Erziehung an den Schulen sei wie das Wachsen eines



Baumes. Wenn die Wurzeln vom Glauben getränkt würden, würden auch der Stamm und die Zweige davon genährt. Ranghohe Vertreter des Ministeriums sind sogar der Meinung, selbst die Architektur der Schulen müsse islamisch sein. Demnach sollen soweit wie möglich bestehende Schulgebäude umgebaut und Neubauten sich an islamischer Architektur orientieren.

Der Versuch, die Schulen vollständig zu islamisieren, ist nicht neu. Schon in den ersten Jahren nach der Revolution wurde dieses Ziel verfolgt. Aber tausende von Lehrern wurden entlassen, die Schulbücher umgeschrieben und der Unterricht wurde mit religiösem Inhalt gefüllt. Islamische Schülervereine übernahmen die Kontrolle der Lehrer und ihrer Mitschüler. Eine zeitlang führten sie sogar Leibesvisitationen durch. Dennoch konnte es nicht gelingen, aus den Massen der Schüler brave, fromme und gleichgeschaltete Bürger zu bilden. Die überwiegende Mehrheit der Generationen, die nach der Revolution die Schule besucht hat, ist ganz andere Wege gegangen und hat sich von den Vorstellungen der Islamisten weit entfernt. Ob die Islamisten, die heute an der Macht sind, es schaffen werden, die Jugend nach ihrer Vorstellung zu erziehen, ist mehr als fraglich.

Djahanbeyglu legt „Geständnisse“ ab

Der iranische Kulturforscher und Philosoph Ramin Djahanbeyglu wurde Ende April dieses Jahres vor seinem Abflug ins Ausland auf dem Teheraner Flughafen festgenommen. Erst nach einigen Tagen gab die Justiz bekannt, er sei wegen Kontakten zu „ausländischen Elementen“ und des Verdachts auf Spionagetätigkeit in Haft genommen worden. Zwei Monate später erklärte Irans Geheimdienstchef Mohseni Ejechi, bei den Verhören habe sich herausgestellt, dass Djahanbeyglu von den USA den Auftrag erhalten habe, „eine sanfte Revolution“ im Iran zu organisieren. Am 17. August berichtete Oberstaatsanwalt Dorri Nadjafabadi der Presse, Djahanbeyglu habe alles gestanden und zugestimmt, dass die Videoaufzeichnungen seiner Geständnisse vom Fernsehen gesendet werden. Am 30. August wurde Djahanbeyglu überraschend gegen eine hohe Kautionsumme und um den Preis einer öffentlichen Selbstbezeichnung freigelassen.

Der 47-Jährige Djahanbeyglu, der neben der iranischen auch die kanadische Staatsbürgerschaft besitzt, hat sein Studium an der Sorbonne und Harvard-Universität absolviert und bislang rund zwanzig Bücher veröffentlicht. Politisch war er nicht aktiv, er gehörte keiner Organisation an. Sein Anliegen, bei dem er sich an Isaiah Berlin und Mahatma Gandhi orientierte, war, zwischen den großen Kulturen Brücken zu bauen. Dazu lud er bedeutende westliche Intellektuelle wie Michael Ignatieff und Jürgen Habermas, deren Werke er auch zum Teil ins Persische übersetzte, nach Teheran ein und nahm selbst an internationale Tagungen über Kulturfragen teil.

Wenige Stunden nach seiner Freilassung tauchte Djahanbeyglu bei der Nachrichtenagentur ISNA auf und bat um ein Interview. Er wolle dem zu erwartenden Ansturm der Presse zuvorkommen und die Öffentlichkeit über seinen Fall informieren. Er sei am 25. April unter dem Verdacht, gegen die Sicherheit des Landes verstoßen zu haben, verhaftet worden. Er versicherte mehrmals, weder physischem noch psychischem Druck ausgesetzt worden zu sein. Im Gefängnis sei er sehr höflich behandelt worden, er habe in seiner Einzelzelle fernsehen, Zeitungen und Bücher lesen und Besuche empfangen können! Er habe freiwillig auf einen Anwalt verzichtet! Den starken Verlust seines Körpergewichts begründete er mit dem ungewohnten Gefängnisaufenthalt und der Trennung von seiner Familie. Und dann erzählte er, wie er als Akademiker in die Fänge der amerikanischen und zionistischen Geheimdienste geraten sei und für deren Ziele, die sich gegen die nationalen Interessen Irans richteten, eingespannt wurde. Man habe ihn oft zu Kongressen und Tagungen eingeladen, ihm für seine wissenschaftlichen Projekte Stipendien gegeben und ihn zuletzt mit einer Arbeit über einen Vergleich der Intellektuellen in Osteuropa mit denen im Iran beauftragt. Er habe untersuchen sollen, wie weit iranische Intellektuelle in der Lage seien, ähnlich wie in den Staaten Osteuropas eine „sanfte Revolution“ zu organisieren. „Wenn ich zurückblicke, merke ich, dass ich nichts anderes war als ein Opfer, das in die Fänge der Geheimdienste geraten war“, erklärte Djahanbeyglu.

Auf die Frage, ob er den Vorwurf, gegen die nationale Sicherheit verstoßen zu haben, akzeptiert habe, sagte Dja-



hanbeyglu. „Ja“ er habe seine Schuld gestanden und habe zugegeben, dass er mit „Fremden“ zusammengearbeitet habe. Er habe jedoch hinzugefügt, dass er unbewusst auf diese „schiefe Bahn“ geraten sei.

Die Botschaft ist mehr als deutlich: Hinter jedem Angebot aus dem Ausland, einen Artikel zu schreiben, an einer Tagung teilzunehmen, ein Interview zu geben oder die Finanzierung eines wissenschaftlichen Projekts anzunehmen, stecke eine Falle der Geheimdienste, folglich sei jeder Kontakt mit dem Ausland Verrat an nationalen Interessen.

Vermutlich wird niemand im Iran an die Echtheit der Aussagen Djahanbeyglus glauben. Jeder kennt die Methoden, jeder weiß, dass solche öffentlichen Selbstbezeichnungen nur durch Folter und massive Drohungen zustande kommen können. Dennoch ist Djahanbeyglu wahrscheinlich für immer verloren. Denn wer könnte die eigene Würde so verletzen, wenn er nicht innerlich zerbrochen wäre?

Chatami in den USA

Ex-Staatspräsident Mohammad Chatami hielt sich im September für zwei Wochen in den USA auf. Er folgte mehreren Einladungen, unter anderem zu einem Vortrag in der Washington National Cathedral, die einen Ruf als Ort für Debatten über religionsübergreifende Themen hat und zur Teilnahme an einer Konferenz der Vereinten Nationen.

Chatami ist der ranghöchste iranische Politiker, der seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Iran und den USA vor mehr als einem Vierteljahrhundert eine Einreiseerlaubnis erhielt. Zwar sähen die USA Iran als das Land, das den Terror unterstützt, sagte Außenamtssprecher Tom Casey. Damit würden aber nicht automatisch alle Bürger des Landes als Terroristen angesehen. Chatami könne sich nun die Sorgen der Amerikaner anhören und werde sicher auch mit kritischen Fragen konfrontiert werden. Demgegenüber bezeichnete US-Senator Rick Santorum von den Republikanern die Entscheidung der Visa-Gewährung als „falsch“. Auch unter dem so genannten Reformen Chatami sei die freie Meinungsäußerung in Iran unterdrückt worden, sagte er. Nun könne Chatami in

den USA herumreisen und die US-Bürger in die Irre führen.

Auch in Iran wurde die Reise Chatamis seitens der Radikal-Islamisten scharf kritisiert. Fatemeh Radjabi, die Frau des Regierungssprechers Gholamhossein Elham, die zu den treuesten Anhängern Ahmadinedschads gezählt wird, bezeichnete Chatami als „Verräter“ und forderte, ihm solle das Tragen des geistlichen Gewands verboten werden. Bekannt wurde Radjabi durch ein Buch mit dem Titel „Ahmadinedschad – das Wunder des dritten Jahrtausends“, in dem sie die Meinung äußert, Ahmadinedschad habe die ganze Welt in Erstaunen versetzt und Iran die Hoffnung gebracht, sich endlich der reinen Lehre des Islam widmen zu können.

Auch die Tageszeitung Keyhan, die als Sprachrohr der Ultrakonservativen gilt, warf Chatami vor, sich der Politik der USA angeschlossen zu haben. Die von Chatami geäußerten Ansichten stehen im krassen Widerspruch zu den Positionen des Ayatollah Chomeini, meinte die Zeitung. Chatami müsse für seine Auftritte in den USA zur Verantwortung gezogen werden.

Chatami hatte im Gegensatz zu Ahmadinedschad den Holocaust als eine historische Tatsache bezeichnet und die Attentate vom September 2001 scharf verurteilt und gemeint, die Attentäter würden sicherlich nicht ins Paradies kommen. Auch über den Irak vertrat der Ex-Präsident Ansichten, die der offiziellen Position Teherans entgegengesetzt waren. Die US-Streitkräfte dürften vorläufig den Irak nicht verlassen und die neu gewählte Regierung den Aufständischen und Terroristen überlassen, sagte er. Iran sei den USA nicht feindlich gesinnt, beide Länder hätten gemeinsame Interessen im Irak und in Afghanistan. Die gegenseitigen Attacken müssten beendet und der Weg für direkte Gespräche geebnet werden.

Dunkelste Zeit der Repression

Der Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit bezeichnete in einem offenen Brief die gegenwärtige Lage der Presse als „dunkelste Zeit der Repression“. Die in letzter Zeit sich häufende Missachtung der Verfassung und der Pressegesetze durch das Kultusministerium, den Nationalen Sicherheitsrat und die Staatsanwaltschaften in Teheran und in der Provinz sei äußerst



besorgniserregend, heißt es in dem Brief. Der offensichtliche Kurswechsel in der Kulturpolitik habe nicht nur zur Verschärfung der Zensur geführt, sondern auch Reporter, Redakteure und Herausgeber zu Selbstzensur gezwungen. Die Einschränkung der Pressefreiheit sei nun soweit gediehen, dass das Kultusministerium kürzlich eine Liste von Internetdiensten an die Zeitungen geschickt und sie angewiesen habe, ausschließlich diese als Grundlage für Nachrichten, Berichte und Interviews zu verwenden.

Bis vor kurzem hätten das Kultusministerium, der Nationale Sicherheitsrat und die Staatsanwaltschaften mündlich oder schriftlich die Journalisten auf Verbote und Einschränkungen aufmerksam gemacht. „Heute sind wir so weit, dass diese Instanzen uns schriftlich mitteilen, worüber und über wen wir schreiben dürfen“, beklagen die Unterzeichner des Briefes und fügen hinzu: „Heute unterliegen Reporter und Journalisten bei der Nachrichtensammlung und beim Verfassen von Berichten unzähligen Einschränkungen.“

Ein solcher Umgang mit der Presse erwecke allmählich den Anschein, als seien die Maßnahmen völlig legal. Dabei stehen sie im krassen Widerspruch zu den Gesetzen und zu der Verfassung.

Der Verein zur Verteidigung der Pressefreiheit ist der Auffassung, dass die gegenwärtige Lage der Presse „die schwärzeste Zeit in den vergangenen hundert Jahren“ bilde. Er fordert die sofortige Einstellung sämtlicher Maßnahmen, die den Gesetzen und der Verfassung widersprechen. Abschließend fordert der Verein, die Verantwortlichen beim Kultusministerium, den Nationalen Sicherheitsrat und die Staatsanwaltschaften wegen Missachtung der Gesetze und der Verfassung juristisch zur Rechenschaft zu ziehen.

II. Wirtschaft

Ex-Verkehrsminister zieht Bilanz

Der ehemalige Verkehrsminister Ahmad Chorram hat nach dreijährigem Schweigen in einem längeren Gespräch mit der Nachrichtenagentur ILNA über die Lage der iranischen Wirtschaft und des Verkehrs gesprochen. Chorram wurde 2004 vom Parlament zum Rücktritt gezwungen, diente dem Kabinett Chatami jedoch bis zum Regierungswechsel im Juli 2005 als Wirtschaftsberater.

Er befürchte, die Zukunft der iranischen Wirtschaft werde nicht allzu rosig sein, sagte Chorram. Die Neigung der Unternehmen, in Aufbauprojekte zu investieren, sei äußerst gering. Dazu käme der ständige Preisanstieg. In der Bauwirtschaft zum Beispiel sei der Preis für Stahl um sechzig Prozent angestiegen und Zement werde für 80 Dollar pro Tonne importiert.

Vor der Revolution habe man laut offiziellen Statistiken für die Durchführung von kleinen, mittelgroßen und großen Projekten im Durchschnitt 30 Monate benötigt. Nach der Revolution brauche man für ähnliche Projekte im Durchschnitt 5, 6, 9 und gar 11,5 Jahre. Das sei für die Wirtschaft äußerst schädlich, sagte der Ex-Minister. Die lange Durchführungszeit habe zur Folge, dass die tatsächlichen Kosten das geplante Budget weit überschreiten.

Iran habe die Chance verpasst, seine einzigartige strategische und geopolitische Lage zu nutzen und mit seiner 2000 Kilometer langen Grenze am Persischen Golf, seiner Nachbarschaft zu den Staaten der ehemaligen Sowjetunion und dem leichten Zugang nach Europa als wichtiges Transitland zu wirken. Der Bau von Schienen, Autobahnen, Straßen hätte nicht nur die Arbeitslosigkeit erheblich reduziert, diese hätten auch als Transportwege wichtige Quellen für Einnahmen sein können. Statt sich solchen Großprojekten zu widmen, hätten sich die Vorgängerregierungen für den Bau kleinerer Straßen zwischen den Dörfern und kleinen Orten entschieden. Um die wichtigsten Industriezentren miteinander zu verbinden, seien mindestens 16 000 Kilometer Autobahn nötig. Bisher seien jedoch nur 5000 Kilometer Autobahn gebaut worden. Diese Fehlplanung werde fortgesetzt. Wie im Staatshaushalt vorgesehen, sollen für den Bau von Autobahnen jährlich 200 Millionen Dollar



ausgegeben werden. Demgegenüber betragen die Ausgaben für Verbindungsstraßen und Wege zwischen kleinen Ortschaften eine Milliarde Dollar.

Die Regierung habe keinerlei langfristige Konzepte für Transport und Verkehr, sagte Chorram. Alles werde planlos und ad hoc entschieden. Von der Gründung der Islamischen Republik bis zum Jahr 2002, das heißt innerhalb von 23 Jahren, seien insgesamt 2000 Kilometer Straßen gebaut worden, also im Durchschnitt etwa 100 Kilometer im Jahr, obwohl gemessen an den vorhandenen Kapazitäten mindestens 1000 Kilometer jährlich möglich gewesen wären.

Eine ähnliche Entwicklung sei im Flugverkehr zu beobachten, erklärte Chorram. Während der erwähnten 23 Jahre habe Iran lediglich mit insgesamt 14 neuen Flugzeugen die Luftfahrtflotte erweitern können, was allerdings in erster Linie dem durch die USA verhängten Wirtschaftsboykott geschuldet sei. Erst während seiner Amtszeit habe er den Kauf von weiteren 28 gebrauchten Maschinen veranlasst.

Auch die Maßnahmen zur Verkehrssicherheit seien völlig unzulänglich gewesen. Er sei der erste Verkehrsminister gewesen, der Statistiken über Verkehrstote veröffentlicht und auf 19.000 Verkehrstote im Jahr aufmerksam gemacht habe.

Täglich 27 Tote in Teheran wegen verschmutzter Luft

Fatahollah Emami, zuständige für ökologische Probleme der Hauptstadt Teheran, berichtete, im vergangenen Jahr seien in Teheran rund zehntausend Menschen infolge der verschmutzten Umwelt gestorben. „Täglich sterben im Durchschnitt 27 Personen“, sagte Emami „und die Lage wird immer schlimmer“. Sollte der Teheraner Verkehr sich wie bisher weiterentwickeln, werde es in fünf Jahren keinen Bezirk mehr geben, in dem die Umwelt „sauber und gesund“ wäre. Jeden Tag würden in der Stadt 1200 Fahrzeuge zugelassen. Der Autoverkehr sei die Hauptursache der Luftverschmutzung.

Auch der für die Umweltkontrolle der Hauptstadt zuständige Beamte Bastami meinte der Nachrichtenagentur ISNA gegenüber, es sei zu befürchten, dass die Teheraner Schulen unmittelbar nach Beginn des neuen Schuljahrs am 23.

September geschlossen werden müssten. Er schlage vor, die Schüler in drei Gruppen einzuteilen und abwechselnd jede Gruppe eine Woche lang zu unterrichten. Bis zum Redaktionsschluss (1.10.) sind keine Maßnahmen getroffen worden, die Schulen gänzlich oder teilweise zu schließen.

Auch im vergangenen Jahr mussten Anfang Dezember sämtliche Schulen und Behörden wegen stark verschmutzter Luft geschlossen werden. Sachverständige sind der Meinung, dass das öffentliche Verkehrsnetz der Hauptstadt, vor allem die U-Bahn, so rasch wie möglich ausgebaut werden muss. Doch solche Empfehlungen lassen offenbar die Verantwortlichen kalt. Der Stellvertretende Leiter des Teheraner Verkehrsamts erklärte in einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur ISNA, in den vergangenen sechs Monaten sei nicht ein Heller für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel ausgegeben worden.

Washington warnt vor Geschäften mit iranischen Banken

Der amerikanische Finanzminister Henry Paulson hat internationale Banken vor Geschäften mit iranischen Banken und Unternehmen gewarnt. Viele seien in die Terrorfinanzierung und Weiterverbreitung von Atomwaffen verwickelt, sagte Paulson nach einem Treffen der Finanzminister und Notenbankchefs der sieben wichtigsten Industrieländer (G7) in Singapur am 16. September. Er fordere zwar keinen Boykott. Aber „wir müssen achtsam sein“, sagte er. Internationalen Banken müssten die Risiken klargemacht werden, wenn sie mit iranischen Firmen zusammenarbeiten.

Bereits am 8. September hatte das US-Finanzministerium die iranische Staatsbank Saderat vollständig von Transaktionen im amerikanischen Finanzsystem ausgeschlossen, weil sie die libanesische Hisbollah-Miliz und die palästinensische Hamas finanziert haben soll.

„Diese Bank mit ihren 3400 Zweigstellen wird von der iranischen Regierung dazu benutzt, Gelder an Terroristengruppen weiterzuleiten“, begründete Finanzstaatssekretär Stuart Levy auf einer Veranstaltung des American Enterprise Institute in Washington den Schritt. „Wir werden einer Bank wie Saderat nicht länger erlauben, im US-



Finanzsystem Geschäfte zu tätigen, selbst wenn sie indirekt sind.“ Levy betonte, der direkte Zugang zum Finanzsystem sei iranischen Finanzinstituten bereits verwehrt. Sie hätten jedoch weiter die Möglichkeit, über Banken aus Drittländern zu agieren.

Auf diese Maßnahme drohte der iranische Finanzminister, einen Teil der iranischen Währungsreserven aus dem Dollar abzuziehen und in den Euro umzuschichten. Dies könnte den Dollar schwächen und zu Verwerfungen an den Finanzmärkten führen.

Auch der iranische Notenbankchef Ebrahim Sheibany hatte in einem Zeitungsinterview gesagt, Iran habe „möglicherweise keine andere Wahl“, einen Teil seiner Währungsreserven von US-Dollar in Euro umzuschichten.

Indes vertrat Bundesbankpräsident Axel Weber die Auffassung, die Ankündigung Teherans sollte keine Unruhe auslösen. „Man sollte dem wirklich gelassen entgegen sehen, was es hier an Diskussionen gibt“, sagte Weber am Rande der IWF-Jahrestagung. Es gebe weltweit eine deutliche Dynamik bei den Währungsreserven einiger Schwellenländer. Zu den Positionen einzelner Länder wolle er sich jedoch nicht äußern. Er verwies nur darauf, dass die internationale Rolle des Euro dazu geführt habe, dass Schwellenländer neben dem US-Dollar auch den Euro als internationale Reservewährung nutzten. Dies sei auch ein Zeichen dafür, dass der Euro sowohl im internationalen Handel als auch an den Finanzmärkten eine zunehmende Rolle spiele.

Öl-Vertrag mit Japan fast unterschriftsreif

Die Verhandlungen Irans mit der japanischen Gesellschaft Inpex über die Erschließung neuer Erdölquellen im Gebiet Azadegan stehen offenbar kurz vor dem Abschluss. Beide Seiten erklärten, dass sie von der Unterzeichnung des Vertrages „um nur noch wenige Schritte entfernt“ seien. Azadegan gehört zu den größten Ölgebieten der Welt, die noch nicht erschlossen sind.

Es gilt als sicher, dass der Vertragsabschluss auf heftigen Widerstand der USA, die Wirtschaftssanktionen gegen Iran fordern, stoßen wird. Japan scheint jedoch entschlossen zu sein,

dem Druck aus Washington nicht nachzugeben.

Iran ist viertgrößte Erdölproduzent der Welt und Japans Wirtschaft ist existenziell auf den Import von Öl angewiesen. Bereits 2004 hatten die beiden Länder über die Erschließung von Azadegan zu verhandeln begonnen. Diese scheiterten jedoch, weil sie sich über die Modalitäten der Finanzierung nicht einigen konnten. Nun scheinen die Hindernisse beseitigt worden zu sein.

„Wir haben nun Einigung erzielt, so dass über die Frage der Finanzierung keine Differenzen mehr bestehen“, sagte Irans Vertreter bei der OPEC, Hussein Kazempur Ardebili.

Nach Einschätzung von Experten liegt die Höhe der Investitionen für dieses Projekt bei zwei Milliarden Dollar. Es wird angenommen, dass etwa 26 Milliarden Barrel Öl in Azadegan lagern und 2008 mit der Produktion begonnen werden könnte. Das Gebiet liegt im Südwesten Irans.

Total will trotz US-Drohungen weiter in Iran investieren

Der französische Ölkonzern Total will trotz massiven Drucks aus den USA weiterhin in Iran investieren. Angesichts des weltweit steigenden Energiebedarfs sei es unmöglich, Iran mit dem zweitgrößten Vorkommen der Welt bei Öl und Gas zu vernachlässigen, sagte Total-Chef Thierry Desmarest der „Financial Times“. Aus Sicht von Total würden von der US-Regierung angedrohte Sanktionen gegen Unternehmen, die mit Iran zusammenarbeiten, nur für Konzerne aus den Vereinigten Staaten gelten. Der viertgrößte Energiekonzern der Welt sehe sich lediglich an Beschlüsse Frankreichs, der EU oder der UNO gebunden, falls diese Sanktionen gegen Iran verhängen sollten.

Total führt zurzeit Gespräche über eine Beteiligung an einem Projekt zur Ölförderung in Iran im Wert von zwei Milliarden Dollar, das demnächst von Japan und Iran vereinbart werden soll. (siehe vorhergehende Meldung.) Wenn Total dort einstiege, werde es sich aber nur um eine „kleine Beteiligung“ handeln, sagte Desmarest. Darüber hinaus ist Total in Iran bereits seit 1999 an der Förderung im Ölfeld Balal im Persischen Golf sowie an einem Flüssiggas-Projekt beteiligt.

**Deutscher Außenhandel warnt vor Sanktionen gegen Iran**

Der Bundesvorstand des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) warnt vor Wirtschaftsstrafen gegen Iran. „Wir sollten politische Probleme mit politischen Mitteln lösen und nicht mit wirtschaftlichen“, sagte BGA-Präsident Anton Börner der Zeitung „Die Welt“. Bei Sanktionen gebe es regelmäßig nur Verlierer, dazu zählen in diesem Fall neben der iranischen Bevölkerung auch die deutsche Wirtschaft und insbesondere der Mittelstand. Zugleich stellte Börner klar: „Wenn die UNO Sanktionen gegen Iran verhängt, werden wir uns daran halten.“

Börner wies auf die positive Wirkung der Wirtschaftsbeziehungen hin: „Wir haben sehr viele Kontakte in den Iran. Durch den engen Austausch und die Zusammenarbeit können wir langfristig auch Einfluss auf die Entwicklung des Landes nehmen.“ Der Einfluss der Wirtschaft heiße immer: Freiheit und Pluralität. „Wenn wir Iran isolieren, dann nehmen wir uns natürlich diese Möglichkeit.“

Weniger Touristen in Iran

Wie die Nachrichtenagentur ISNA berichtet, ist die Zahl der Touristen, die Iran besuchen, infolge der Unruhen im Nahen Osten sowie der Konflikte Irans mit der Außenwelt in letzter Zeit kontinuierlich zurückgegangen. Ebrahim Purfaradj, Leiter des Verbands iranischer Tourismusunternehmen, zeigte sich in einem Gespräch mit ISNA „sehr unzufrieden“ mit der jüngsten Entwicklung. Der Rückwärtstrend zeige sich nicht nur bei den europäischen Touristen; auch aus den Ländern Asiens kämen immer weniger Touristen nach Iran, sagte Purfaradj. Statt großer Touristengruppen kämen nur noch kleinere Gruppen. Zahlreiche Gesellschaften hätten die Buchungen annulliert.

Der Tourismus stehe in direktem Zusammenhang mit der politischen Entwicklung, erklärte Pourfaradj. Wenn die Lage der Region sich beruhigen würde und die Verhandlungen Irans mit dem UN-Sicherheitsrat zu einem positiven Ergebnis führen würden, könnte man auch in diesem Bereich eine Wende zum Positiven erwarten. Sein Verband sei bemüht, vor allem in asiatischen Staaten für Reisen nach Iran zu werben,

spürbare Ergebnisse seien jedoch bislang nicht erzielt worden.

35 Prozent der Iraner besitzen Parabolantennen

General Ahmad Ruzbahani, verantwortlich für die Abteilung „Kampf gegen gesellschaftliche Verderbnisse“ bei den iranischen Streitkräften, sagte, 35 Prozent der iranischen Bevölkerung seien im Besitz einer Parabolantenne und hätten damit Zugang zu ausländischen Fernsehsendern.

Es ist das erste Mal, dass die iranische Staatsführung eingesteht, dass ein so hohes Interesse an ausländischen Fernsehsendern in der Bevölkerung vorhanden ist. Die Äußerung ist umso bemerkenswerter, wenn man in Betracht zieht, dass die Nutzung von Parabolantennen verboten ist und die iranischen Ordnungskräfte seit Wochen landesweit dabei sind, die Antennen einzusammeln.

Nach Angaben Ruzbahanis habe die Polizei seit März dieses Jahres 110 000 Antennen von den Dächern entfernt. Er gab jedoch zu, dass es den Ordnungskräften bisher in der Hauptstadt Teheran lediglich gelungen ist, fünf Prozent der vorhandenen Antennen einzusammeln.



III. Außenpolitik

Ahmadinedschad auf der UN-Vollversammlung / Rede-Zusammenfassung

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad trat am 19. September zum zweiten Mal vor die UN-Vollversammlung. Während er die atomaren Aktivitäten Irans als „transparent, friedlich und unter Beobachtung der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) bezeichnete, warf er vor allem den USA und Großbritannien vor, durch den Bau modernster Massenvernichtungswaffen eine große Gefahr für die Menschheit darzustellen. Hier eine Zusammenfassung der Rede:

Heute streben Menschen in aller Welt nach Gerechtigkeit und Menschlichkeit, sie wollen eine saubere Welt, eine Welt voller Liebe. Doch was heute auf der Welt geschieht ist des Menschen nicht würdig. Gott hat die Menschen nicht geschaffen, damit einige Wenige andere unterdrücken, damit einige Kriege führen, um Rohstoffe zu rauben und ihren Machtbereich zu erweitern, während andere in Armut und Elend ihr Dasein fristen, damit sie einige tausende Kilometer von ihrer Heimat entfernt andere Länder besetzen, sich in ihre Angelegenheiten einmischen, die Kontrolle über deren Ölquellen übernehmen, während andere in ihrer eigenen Heimat durch Bomben getötet werden, ihre Kinder auf den Straßen ums Leben kommen und ihre Häuser dem Erdboden gleichgemacht werden.

Die Frage ist, bei wem sich die Geschädigten beschweren können. Wo in der Welt gibt es eine Instanz, die die Rechte dieser Menschen verteidigen könnte?

Manche Mächte in der Welt erklären mit Stolz, dass sie über die zweite und dritte Generation von Atombomben verfügen. Dienen diese Waffen etwa der Demokratie, oder sind sie dafür geschaffen, um andere Länder zu bedrohen? Sollte man nicht statt mörderischer Waffen Gerechtigkeit, Moral und Vernunft verbreiten?

Die Lage im Irak

Irak ist seit drei Jahren besetzt. Es vergeht kein Tag, an dem nicht hundert Menschen getötet werden. Die Besatzer sind nicht in der Lage, Ordnung und Sicherheit herzustellen. Im Gegenteil, unsichtbare Kräfte sind dabei,

die Konflikte zu schüren, um die Fortsetzung der Besatzung zu legitimieren. Was können die Menschen im Irak tun, an welche Instanz könnten sie sich wenden? Ist der UNO-Sicherheitsrat in der Lage, im Irak Frieden herzustellen? Kann der Rat gerechte Beschlüsse fassen, wenn die Besatzer selbst zu den Mitgliedern des Rats gehören?

Die Lage in Palästina

Die heutigen Probleme Palästinas haben ihre Wurzeln im Zweiten Weltkrieg. Damals wurde unter dem Vorwand, einem Teil der Hinterbliebenen der Kriegsoffer Schutz und Heimat zu gewähren, Palästina besetzt und Millionen Menschen wurden aus ihrer Heimat vertrieben. Und dann kamen auch andere Menschen aus anderen Teilen der Welt, die vom Krieg überhaupt nicht betroffen waren, hinzu und bildeten einen Staat. Das ist eine große Katastrophe, die in der Geschichte ihres Gleichen sucht. Noch heute leben die Vertriebenen in Flüchtlingslagern, viele von ihnen haben die Hoffnung auf die Rückkehr in ihre Heimat mit ins Grab genommen. Gibt es für diese Katastrophe, für dieses Unrecht, eine Logik? Die Argumente der Besatzer Palästinas sind so schwach, dass sie keine Diskussion über die Vorgänge erlauben wollen. Käme die Wahrheit ans Licht, gebe es für die Existenz dieses Regimes (in Israel) keine Legitimation.

Damit aber nicht genug. Dieses Regime hat vom ersten Tag an als eine aggressive Macht die Nachbarn bedroht, Kriege geführt und die Völker zu unterdrücken und zu spalten versucht. Das ist die Wahrheit und kein Mythos. Noch wichtiger ist, dass dieses Regime auch noch von außen unterstützt wird.

Demgegenüber wird das palästinensische Volk allein gelassen. Keine Instanz, nicht einmal der UN-Sicherheitsrat, gewährt ihm Schutz. Und wenn dieses Volk demokratisch seine Regierung wählt, werden die Mitglieder dieser Regierung vor aller Augen gefangen genommen und ins Gefängnis gesteckt. Wieso unternimmt der Sicherheitsrat nichts dagegen? Auch in Libanon wurden 33 Tage lang Bomben auf die Bevölkerung geworfen und 1,5 Millionen Menschen zur Flucht getrieben, aber die UNO schaute zu und war nicht in der Lage, gleich in den ersten Tagen einen Waffenstillstand durchzusetzen. Warum nicht? Weil die Aggressoren und deren



Unterstützer selbst im Sicherheitsrat sitzen.

Der Konflikt um das iranische Atomprogramm

Die Islamische Republik ist Mitglied des Atomwaffensperrvertrags. Alle unsere atomaren Aktivitäten sind transparent, friedlich und stehen unter der Aufsicht der Internationalen Atombehörde. Warum will man uns unsere Rechte verwehren? Welche Staaten sind gegen unser Atomprogramm? Es sind vor allem jene Staaten, die selbst den atomaren Brennstoff herstellen, auch jene, die Atombomben bauen und sie auch schon eingesetzt haben. Welche Instanz ist für diese Ungerechtigkeit zuständig? Es gibt Gegner des iranischen Atomprogramms, die im Sicherheitsrat sitzen und den Rat für ihre Interessen instrumentalisieren. Verliert der Rat nicht dadurch seine Legitimation, sein Ansehen?

Wir sehen, dass überall Recht und Gerechtigkeit den Interessen großer Mächte geopfert werden. Viele Staaten werden ungleich und ungerecht behandelt. Die Behauptung, Menschenrechte und Demokratie schützen zu wollen, gilt solange, wie diese Werte für eigene Interessen instrumentalisiert werden können. Es scheint, dass der UN-Sicherheitsrat nur zum Schutz der Interessen bestimmter Mächte existiert. Das ist für die Staatengemeinschaft eine Katastrophe. Es gibt einige wenige Mächte, die ihre Meinung gegen 180 Staaten durchsetzen, sich als Verwalter, als Besitzer der Welt betrachten und andere Staaten als zweitrangig behandeln. Die Frage ist, was die UNO dagegen unternehmen könnte, wenn sie feststellen würde, dass zum Beispiel die USA oder Großbritannien, die zu den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats gehören, unter Missachtung internationalem Rechts andere Länder okkupieren? Kann sie etwas dagegen unternehmen? Ist so etwas bisher schon einmal vorgekommen?

Umgekehrt haben wir schon oft gesehen, dass die großen Mächte im Falle eines Konflikts mit einem anderen Staat die UNO einschalten, dass sie selbst zugleich die Rolle des Staatsanwalts und des Richters übernehmen, Urteile fällen und sie auch vollstrecken. Ist das gerecht? Gibt es bessere Beispiele für Ungerechtigkeit und Unterdrückung als diese?

Wie lange soll dieser Zustand fort dauern? Man sieht, dass die Struktur der UNO, die ein Erbe des Zweiten Weltkriegs ist, für die Lösung der Probleme unserer Generationen nicht mehr geeignet ist. Solange die UNO nicht tatsächlich eine demokratische Vertretung der Staatengemeinschaft darstellt, solange einige Großmächte das Veto-Recht missbrauchen können, um ihre Interessen durchzusetzen, wird die Weltorganisation nicht die Legitimität erlangen, die sie zur Lösung internationaler Probleme benötigt. Die UNO muss dringend reformiert werden. Das ist die Aufgabe der UN-Vollversammlung, des höchsten Organs der Staatengemeinschaft. Kurzfristig müssen zumindest die Blockfreien Staaten, die Konferenz Islamischer Staaten und Afrika als Veto-Mächte und ständige Mitglieder in den Sicherheitsrat aufgenommen werden.

Die Welt muss gerecht werden. Es darf zwischen den Bürgern aus Asien, Afrika, Europa und Amerika keinen Unterschied geben. Alle sechs Milliarden Menschen auf der Erde müssen dieselben Rechte genießen.

Eine kleine Anmerkung von uns: Wenn Ahmadinedschad diese Devisen für sein eigenes Land akzeptieren und sein eigenes Volk nicht tagtäglich knebeln und brutal unterdrücken würde, wenn die Menschen in Iran ihre Meinung frei äußern dürften, ohne Gefängnisstrafe und Tod befürchten zu müssen, könnte man meinen, dass seine Äußerungen nicht populistisch, sondern ehrlich gemeint sind.

Neue Entwicklung im Atomkonflikt

Das Katz-und-Maus-Spiel um den iranischen Atomkonflikt geht weiter. Neu ist, dass sich die am Konflikt beteiligten EU-Staaten, allen voran Frankreich, zögernd von der amerikanischen Strategie, den Druck auf Teheran durch Sanktionen zu erhöhen, trennen und der Diplomatie den Vorrang geben. Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac bekräftigte am 18. September seinen zuvor geäußerten Vorschlag, ohne Vorbedingungen Verhandlungen mit Teheran aufzunehmen. Die Verhandlungen sollten, Irans Wunsch gemäß, ohne Einschaltung des UN-Sicherheitsrats aufgenommen werden, sagte Chirac. Wenn die fünf Vetomächte im Sicherheitsrat und Deutschland auf die Einschaltung des Sicherheitsrats verzichteten und Iran die Uran-Anreicherung einstelle,



erlaube das Verhandlungen zwischen Teheran und den sechs Ländern, die sich um ein Einlenken Irans bemühen.

Chirac schlug dabei als erster europäischer Politiker ausdrücklich ein abgestuftes Vorgehen vor, bei dem das Aussetzen der Urananreicherung keine Vorbedingung für den Beginn von Verhandlungen bilden soll. „Zuerst müssen wir eine Tagungsordnung finden, dann Verhandlungen beginnen“, sagte Chirac. „Und ich schlage vor, dass einerseits die sechs Länder während der Verhandlungen darauf verzichten, den Sicherheitsrat anzurufen, und Iran während dieser Zeit kein Uran anreichert“, erläuterte er seinen Vorschlag.

„Man kann Lösungen durch den Dialog finden“, er sei nicht pessimistisch, sagte Chirac vor der Abreise zur UN-Vollversammlung in New York. Sanktionen habe er noch nie wohlwollend gegenüber gestanden und nie gesehen, „dass Sanktionen gegriffen haben“.

Die Hoffnung, eine Lösung ließe sich auf dem diplomatischen Weg erreichen, brachte ein Treffen zwischen Irans Verhandlungsführer Ali Laridschani und dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana am 11. September in Wien. Nach insgesamt siebenstündigen Sondierungen sagte Laridschani vor Journalisten: „Viele Missverständnisse wurden ausgeräumt.“ Er sprach von einem „viel dimensionalen Thema“. „Es geht nicht nur um wirtschaftliche und politische Aspekte“, sagte er. „Wir wollen für ein bestimmtes Thema eine bestimmte Lösung finden. Unsere Lösung soll allumfassend sein und alle Probleme gleichzeitig beseitigen. Wir wollen das Problem nicht löschen, sondern lösen.“ Auch Solana meinte: „Die Bemühungen waren es wert.“

Der zurzeit amtierende EU-Ratspräsident, Finnlands Regierungschef Matti Vanhanen, sagte, Solana habe dem europäisch-asiatischen ASEM-Gipfel berichtet, dass er „äußerst ernste Verhandlungen“ mit Teheran führe. „Es ist eine gute Chance, diese Diskussion weiterzuführen. Die EU wird dabei eine sehr aktive Rolle spielen.“

Zur selben Zeit bestand die US-Regierung weiterhin auf Sanktionen. Nach den Worten des US-Außenministerin Condoleezza Rice sollte Iran zunächst mit finanziellen Sanktionen belegt werden. Es gehe vorerst nicht um einen Stopp der iranischen Ölexporte, sagte

sie am 11. September im US-Fernsehsender CNN. Allerdings könne der Zugang Irans zu den internationalen Finanzmärkten eingeschränkt werden. So könnte das Land seine Einkünfte aus dem Ölgeschäft nicht mehr anlegen. Damit könnte die Finanzierung des iranischen Atomprogramms gekappt werden. Sie sei „sehr, sehr sicher“ dass es Sanktionen geben werde, die Teheran deutlich machen, dass es seinen bisherigen Kurs nicht beibehalten könne, sagte Rice weiter. Die fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat und Deutschland hätten eine Liste möglicher Sanktionen erarbeitet, die Schritt für Schritt greifen könnten. Allerdings werde es auch weitere Gespräche mit Teheran geben, betonte die US-Außenministerin.

Auch nach dem angekündigten Vorschlag Chiracs insistierte Washington auf einen harten Kurs gegen Teheran. Über die Kernbedingungen, die die fünf UN-Vetomächte und Deutschland dem Land gestellt hätten, könne nicht verhandelt werden, sagte Rice. Wenn die Führung in Teheran die umstrittene Urananreicherung wie gefordert aussetze, könnten die Gespräche beginnen. „So einfach ist das“, betonte Rice. Der Sprecher des US-Präsidialamts, Tony Snow, erklärte: „Statt die Äußerungen von Ahmadinedschad zu analysieren, werden wir die Handlungen beurteilen.“

Ahmadinedschad hatte zuvor auf einer Pressekonferenz der Vereinten Nationen in New York gesagt, sein Land sei unter „fairen und gerechten Bedingungen“ zu weiteren Gesprächen über einen Stopp der umstrittenen Urananreicherung bereit. Dies waren die bisher deutlichsten Äußerungen der iranischen Führung über ein mögliches Einlenken beim Thema Urananreicherung.

Über die weiteren Schritte sind sich die Veto-Mächte plus Deutschland nicht einig. Russland und China lehnen Sanktionen ab, die USA möchten so rasch wie möglich Sanktionen einleiten und die EU-Staaten schwanken zwischen den beiden Positionen. Aber auch die iranische Führung scheint sich nicht einig zu sein. Während die Radikal-Islamisten nach wie vor dafür plädieren, den Konflikt auszustehen und das Risiko von Sanktionen und möglicherweise militärischen Maßnahmen in Kauf zu nehmen, treten die Moderaten und Reformer für Deeskalation und Kompromisse ein. Dass ein weiteres Treffen zwischen Laridschani und Solana, auf



das die EU-Staaten drängten, am 27. September wieder einmal ohne Ergebnis blieb, hängt genau mit diesen Differenzen zusammen. Obwohl sowohl Ahmadinedschad als auch Laridschani den Anschein erwecken, auch über ein Aussetzen der Urananreicherung verhandeln zu wollen, ist es kaum denkbar, dass Teheran tatsächlich diese Forderung akzeptieren wird. Selbst wenn das Land sich bereit erklären würde, für eine begrenzte Zeit von etwa zwei Monaten die Anreicherung auszusetzen, wäre damit das Problem nicht gelöst.

Livni: Iran „wachsende Gefahr für die Welt“

Israels Außenministerin Zipi Livni hat bei ihrer Rede auf der diesjährigen UN-Vollversammlung die iranische Regierung als „wachsende Gefahr für die Welt“ bezeichnet. Die internationale Staatengemeinschaft habe „keine wichtigere Verantwortung, als sich gegen diese wachsende Gefahr zu stellen, nicht zum Wohle Israels, sondern um ihrer selbst willen“, sagte sie. Teheran leugne nicht nur den Holocaust und spreche „stolz und offen“ darüber, Israel vernichten zu wollen. Die iranische Führung versuche zudem, sich dafür Waffen zu beschaffen, was die Region gefährde und die Welt bedrohe. Die Welt dürfe nicht mehr mit „Zögerlichkeiten und Ausreden“ reagieren, sondern müsse handeln, meinte Livni.

Vor dem Sitz der UNO in New York hatten nach Angaben der Veranstalter mehrere tausend Menschen gegen den iranischen Präsidenten protestiert. Zu der Kundgebung hatten 130 vorwiegend jüdische Organisationen aufgerufen.

Auch die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, hat eindringlich vor dem iranischen Staatschef Ahmadinedschad gewarnt und die demokratischen Gesellschaften aufgefordert, gegenzusteuern. „Dieser Mann ist eine Bedrohung für die ganze Welt“, sagte sie in einer Rede in der Synagogen-Gemeinde in Köln. „Israels Feinde haben aufgerüstet“, sagte Knobloch. Sie warnte die Europäer davor, „diesen Despoten“ zu unterstützen. Sie zog einen Vergleich zum „grausamsten Kapitel der deutschen Geschichte“. Auch Hitlers Buch „Mein Kampf“ sei anfangs nicht als das erkannt worden, was es gewesen sei – „eine Anleitung zur Realpolitik“. Sie könne nicht verstehen, dass Deutsch-

land normale diplomatische Beziehungen zu Teheran unterhalte. Es sei unerlässlich, dass sich die demokratische Welt zu Wort melde.

Israelischer Minister für Krieg gegen Iran

Jacob Edery, israelischer Minister für die Koordination mit der Knesset, sieht einen Krieg gegen Iran als einzigen Ausweg. In einem Gespräch mit der Tageszeitung „Thüringer Allgemeine“ sagte er, die Iraner setzten auf ihre militärische Stärke und dabei ebenso auf die Ölwanne. „Folglich bleibt nur eine militärische Lösung. Je früher, desto besser.“ US-Präsident George W. Bush müsse „die Arbeit zu Ende führen“. „Es besteht keine Chance mehr, durch Verhandlungen oder Druck des UN-Sicherheitsrats noch etwas zu ändern“, fügte der Minister hinzu. Die Bedrohungen durch Iran träfen nicht nur Israel, sondern ebenso den Westen. „Die USA müssen dieses Problem lösen mit ihrer gesamten Macht.“

Ahmadinedschad diskutierte mit US-Politikern

Ungeachtet seiner markigen Worte vor der UN-Vollversammlung traf sich Ahmadinedschad anschließend mit renommierten US-Politikern. Die 90-minütige nichtöffentliche Diskussion auf Einladung des US-Rats für Auswärtige Politik war der Versuch, einen informellen iranisch-amerikanischen Dialog in Gang zu bringen.

„Ich hatte das Gefühl, dass er (Ahmadinedschad) im Prinzip offen für Beziehungen (zu den USA) ist“, sagte der Präsident des Rates, Richard Haas, der Nachrichtenagentur Reuters. Er wolle aber, dass die USA den ersten Schritt machten. Ahmadinedschad habe offenbar das Geben und Nehmen in der intellektuellen Auseinandersetzung mit 19 Mitgliedern des Rates genossen, „Ein Großteil der Bedeutung des Treffens liegt darin, dass es überhaupt stattgefunden hat“, sagte Haas.

Informationen zufolge hatte Ahmadinedschad auf Fragen, warum er den Holocaust in Zweifel ziehe, warum Iran an der Urananreicherung festhalte und warum einige iranische Zeitungen geschlossen wurden, wenig Neues zu sagen. Dennoch sprach ein Teilnehmer von



einem ausgewogenen und intelligenten Austausch.

Der Rat gab die Teilnehmer des Forums nicht offiziell bekannt. Nach Angaben aus deren Reihen gehörten dazu Brent Scowcroft, Sicherheitsberater des früheren Präsidenten George Bush, Robert Blackwill, früherer stellvertretender Sicherheitsberater des jetzigen Präsidenten George W. Bush sowie der frühere US-Botschafter in Israel, Martin Indyk. Mitglieder oder Mitarbeiter der gegenwärtigen Regierung waren laut Haas nicht anwesend.

Sicherlich wird sich in Iran mancher die Frage stellen, warum der frühere Staatspräsident Chatami als „Verräter“ bezeichnet wurde, obwohl er an neutralen Orten und vor einem vorwiegend islamischen Publikum Vorträge gehalten hatte und warum nun Ahmadinedschad sich unwiderrprochen mit Leuten treffen darf, die früher oder bis vor kurzem in Washington an den Schalthebeln der Macht saßen.

Annan in Teheran

Nach den Worten des UN-Generalsekretärs Kofi Annan ist Iran, auch nach Ablauf des Ultimatums des UN-Sicherheitsrats nicht bereit, sein Atomprogramm einzustellen und die Urananreicherung auszusetzen. Dies teilte Annan nach seinem Gespräch mit dem iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad der Presse am 3. September in Teheran mit. Iran sei zwar zu Verhandlungen bereit, weigere sich jedoch die vom UN-Sicherheitsrat geforderten Vorbedingungen zu akzeptieren.

Annan hielt sich zu einem zweitägigen Besuch in Teheran auf. Ziel seiner Reise war, Iran für die Unterstützung der UN-Resolution zur Beendigung des Krieges in Libanon zu gewinnen und im Streit um sein Atomprogramm einzulernen. Sein erstes Ziel konnte der Generalsekretär erreichen. Wie er der Presse mitteilte, habe Ahmadinedschad seine „volle Unterstützung“ für die Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats betont. Zugleich habe er erklärt, dass der Iran alles tun werde, um die „territoriale Integrität und die Unabhängigkeit des Libanon“ zu unterstützen. „Teheran wird mit uns zusammenarbeiten, um den Libanon in einer gemeinsamen Anstrengung wieder aufzubauen“, sagte Annan.

Am Vortag hatte sich Annan bereits mit Außenminister Manzchehr Mottaki, dem Atomverhandlungsführer Ali Laridschani und Ex-Staatspräsidenten Haschemi Rafsandschani getroffen. Auch bei diesen Gesprächen erhielt Annan für die Libanon-Resolution Zustimmung. Die iranische Führung sei der Überzeugung, dass die UNO „bei der Schaffung von Frieden im Grenzgebiet“ einen Beitrag leisten könne, sagte Außenminister Mottaki. Er warnte aber zugleich vor jeglichem Versuch, das Mandat der UNIFIL auszuweiten. Dies würde „Spannungen schaffen“, sagte er. Damit sprach sich der Minister gegen die Forderung der USA und Israels aus, die Blauhelme sollten auch zur Entwaffnung der Hisbollah eingesetzt werden.

Bezüglich der Forderung an den Iran, sein Atomprogramm einzustellen, kehrte Annan mit leeren Händen zurück. Er hatte sich vor seinem Abflug nach Teheran in einem Interview mit der französischen Tageszeitung Le Monde gegen Sanktionen ausgesprochen. „Es gibt Augenblicke, wo ein wenig Geduld sehr viel ausrichtet“, sagte er. Geduld sei eine Qualität, die häufiger eingesetzt werden sollte. „Ich glaube nicht, dass Sanktionen die Lösungen für alle Probleme sind.“

Auch die EU wirkte im iranischen Atomstreit ziemlich ratlos. Nach einem informellen Treffen der EU-Außenminister am 2. September im finnischen Lappeenranta sagte Bundesaußenminister Steinmeier, Iran könne nicht am Verhandlungstisch sitzen und „täglich neue Fakten auch in Gestalt des Neubaus von Zentrifugen“ schaffen. „Wir von uns aus schlagen die Tür nicht zu, aber wir brauchen ein Signal des Entgegenkommens aus dem Iran.“

EU-Außenbeauftragter Javier Solana erklärte, Iran stehe noch ein „kurzer“ Zeitraum zur Verfügung, um zu zeigen, dass er ernsthaft an Gesprächen interessiert sei. Wie lange die Frist sein soll, sagte Solana nicht und er sagte ebenso wenig, was die EU bzw. der Sicherheitsrat tun werden, wenn Iran nicht nachgeben würde. Russland und China hatten sich gegen Sanktionen ausgesprochen, während die USA ein hartes Vorgehen forderten. EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso schloss für den Augenblick Waffengewalt gegen den Iran aus. „Wir erwägen diese Möglichkeit noch nicht“, sagte er.

**IAEA protestiert scharf gegen US-Bericht zum iranischen Atomprogramm**

Die Internationale Atombehörde (IAEA) hat den Bericht des Geheimdienstausschusses im US-Kongress über das iranische Atomprogramm auf das Schärfste kritisiert. Teile des Berichts seien „falsch und irreführend“, hieß es in einem Brief der Inspektoren an den Vorsitzenden des Ausschusses. Der 29 Seiten umfassende Bericht vom 23. August enthalte gravierende Verdrehungen. Die Darstellung, Iran habe Uran bis hin zur Waffenfähigkeit angereichert, sei falsch. Der Bericht enthalte außerdem die irreführende Behauptung, die IAEA habe einen leitenden Inspektor abgezogen, weil dieser zu dem Schluss gekommen sei, das iranische Atomprogramm sei für den Bau von Waffen bestimmt. Der Brief wurde von einem ranghohen Mitarbeiter von IAEA-Generaldirektor El Baradei abgeschickt.

Ein Sprecher des Geheimdienstausschusses wies den Protest am 16. September zurück. Es gebe keinen wirklichen Fehler in dem Bericht, sagte der Sprecher. In dem Dossier habe lediglich in einer Bildunterschrift gestanden, dass Iran waffenfähiges Material herstellt habe. Das sei zwar tatsächlich so nicht richtig. Die Aussage gehöre aber nicht zum eigentlichen Haupttext des Berichts. Der Ausschuss werde noch darüber entscheiden, ob er auf den Beschwerdebrief der Internationalen Atombehörde reagieren werde.

Der Protest erinnert an die Auseinandersetzungen zwischen der IAEA und der US-Regierung im Vorfeld des Irak-Krieges, als Washington behauptete, Irak verfüge bereits über Massenvernichtungswaffen, was sich später als falsch erwies. Ein westlicher Diplomat sagte der Agentur Reuters zufolge: „Da werden Fakten verdreht und Versuche gemacht, die Integrität der Inspektoren der IAEA zu zerstören.“ Die USA haben wiederholt durchblicken lassen, dass El Baradei zu nachsichtig mit Iran umgehe.

Blockfreie unterstützen Irans Atomprogramm

Der Gipfel der Blockfreien Staaten in Havanna ging mit einer ausdrücklichen Unterstützung des iranischen Atompro-

gramms und scharfer Kritik an die USA am 17. September zu Ende. Die Delegierten der 118 Mitgliedsstaaten forderten zugleich mehr Einfluss im UN-Sicherheitsrat. Trotz der gemeinsamen Erklärung wurden jedoch auch unterschiedliche Auffassungen deutlich. Während Kuba, Iran, Nordkorea und Venezuela die Vormachtstellung der USA kritisierten, riefen Indien und Malaysia zur Mäßigung auf.

Kubas Außenminister Felipe Perez Roque erklärte, die Blockfreien Staaten „haben das Recht auf eine friedliche Nutzung der Atomenergie“. Diese Position brachten die 56 anwesenden Staats- und Regierungschefs sowie hochrangige Vertreter der übrigen Mitgliedsstaaten aus Asien, Afrika und Lateinamerika in der Abschlusserklärung zum Ausdruck.

Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad bezeichnete die USA als die eigentliche „atomare Bedrohung“. Die USA versuchten, das friedliche Atomprogramm Irans zu verhindern, obwohl sie selbst „Atombomben der dritten Generation, Neutronenbomben und intelligente Atombomben“ produzierten, sagte er. Die Abschlusserklärung des zweitägigen Treffens umfasste auch eine Kampfansage an den Terrorismus und eine Verurteilung Israels wegen seiner Politik gegenüber den Palästinensern und dem Libanon.

Malaysias Ministerpräsident Abdullah Badawi erklärte indes, dass es unter den Blockfreien durchaus unterschiedliche Auffassungen gebe und es sich bei dem Treffen nicht um einen „Gipfel gegen die USA“ gehandelt habe. Indiens Ministerpräsident Singh rief angesichts der Kritik an die USA zu „Mäßigung, Eintracht und Vernunft“ auf.

Proteste gegen Papst-Äußerungen

Irans Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hat eine Analyse der Bemerkungen von Papst Benedikt XVI. zum Islam und dessen Verbindung zu Gewalt gefordert. „Die Bemerkungen sollten zunächst von Theologen und Islamwissenschaftlern analysiert werden“, sagte er dem staatlichen Fernsehen zufolge am Rande des Gipfeltreffens der Blockfreien Staaten in Havanna. Er bezeichnete den Islam als eine „friedliche, schöne und vollkommene Religion“.

Auch andere Gremien in Iran haben in Erklärungen den Papst aufgefordert,



sich mehr mit dem Islam und dessen Kriterien zu befassen. Der neue Sprecher des Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, forderte den Papst auf, um jegliche Missverständnisse in der islamischen Welt auszuräumen, seinen Standpunkt zu Islam und Gewalt schnellstens zu revidieren. „Damit könnte die Solidarität innerhalb der Religionen wieder hergestellt werden“, sagte er. Alle Religionen hätten gemeinsame Wurzeln und solche Bemerkungen seitens eines religiösen Führers seien daher „ein großer Fehler“. „Gerade in der jetzigen Phase könnte man solche Bemerkungen als „bedenklich und politisch motiviert interpretieren“, sagte Hosseini.

Wesentlich schärfer kritisierte Revolutionsführer Ali Chamenei die Worte des Papstes. Die Passagen der Regensburger Rede seien das „letzte Glied eines Komplotts für einen Kreuzzug“, sagte Chamenei in einer Ansprache. Er stellte einen Zusammenhang zur Veröffentlichung der „beleidigenden“ Karikaturen des Propheten Mohammed und zu Äußerungen westlicher Politiker her.

Auch nachdem der Papst sein Bedauern darüber ausdrückte, dass sich Muslime durch seine Rede verletzt gefühlt haben, forderte Teheran eine eindeutige Entschuldigung. Der Papst müsse noch klarer zum Ausdruck bringen, dass seine Äußerungen falsch übermittelt worden seien und diese so schnell wie möglich korrigieren, sagte Regierungssprecher Hosseini.

Ausmaß des Holocaust bezweifelt

Irans Außenamtssprecher Hamid Resa Assefi hat das Ausmaß der Ermordung von Millionen Juden in Deutschland während des Zweiten Weltkriegs in Zweifel gezogen. „Ich habe einige der Lager in Deutschland und in Polen gesehen, als ich Botschafter war, und meiner Meinung nach ist das sehr übertrieben“, sagte Assefi vor Journalisten in Teheran. Die Zahl der Holocaust-Opfer sei „weit entfernt“ von dem, was veröffentlicht worden sei.

Nach Angaben der iranischen Regierung wird die seit langem geplante und mehrmals verschobene Holocaust-Konferenz am 11. und 12. Dezember in Teheran stattfinden. An der Konferenz sollen auch Experten aus dem Ausland teilnehmen.

USA verweigern iranischen Journalisten die Einreise

Die USA haben 15 iranischen Journalisten, die Präsident Ahmadinedschad zur UN-Vollversammlung nach New York begleiten wollten, die Einreise verweigert. Bereits eine Woche zuvor hatte Washington den Visumsantrag des iranischen Innenministers Mostafa Pur Mohammadi abgelehnt. Dasselbe galt für den Parlamentspräsidenten Gholam Ali Haddad Adel, der an einer UN-Veranstaltung in New York teilnehmen wollte.

Sollte die „unangemessene Haltung“ der USA fortbestehen, könnten den US-Medien in Iran Beschränkungen auferlegt werden, drohte ein Vertreter des Kultusministeriums laut einer Meldung der Nachrichtenagentur IRNA. Iranische Medien zitierten einen Sprecher des Außenministeriums in Teheran mit den Worten, die USA missbrauchten ihren Status als Gastgeber der Vereinten Nationen und schwächten durch ihr Verhalten die UNO.

Freiburg will Partnerschaft mit Isfahan fortsetzen

Trotz des Atomkonflikts mit Iran hält der Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne) an der Städtepartnerschaft mit der iranischen Stadt Isfahan fest. Ein menschlicher und kultureller Austausch stärke die Reformkräfte in Iran und schade damit dem Regime von Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad, sagte Salomon am 8. September. Die Verbindung Freiburg-Isfahan besteht seit sechs Jahren und ist die einzige deutsch-iranische Städtepartnerschaft.

„Beide Städte wollen die Partnerschaft aufrecht erhalten“, sagte Salomon. Nach den israelfeindlichen Äußerungen des iranischen Präsidenten und wegen der Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm sei eine Reise einer offiziellen Freiburger Delegation nach Isfahan derzeit aber ausgeschlossen. Sollte sich der internationale Konflikt weiter verschärfen, müsse die Städtepartnerschaft erneut auf den Prüfstand.